



Resolution des Klima-Bündnis zur Klima- und Energiepolitik der EU vor dem Hintergrund des Rahmens bis 2030

Resolution der Mitgliederversammlung des Klima-Bündnis 2013

Im April 2013 stellte die Europäische Kommission ihr Grünbuch zum Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 vor. Mit diesem Dokument wird eine Debatte über den energie- und klimapolitischen Rahmen für die Zeit nach 2020 eröffnet und das Ziel dieser Politik für das kommende Jahrzehnt vorgegeben.

Im Grünbuch werden Städte und Gemeinden überhaupt nicht erwähnt. Die Mitglieder des Klima-Bündnis arbeiten indes schon seit langem an der Verringerung ihrer CO₂-Emissionen und über 4.500 Kommunen haben sich bislang mit der Unterzeichnung des Konvents der Bürgermeister verpflichtet, die energie- und klimapolitischen Vorgaben der EU für 2020 noch zu übertreffen. Die Anstrengungen der Gebietskörperschaften müssen anerkannt und durch angemessene Politik und Finanzhilfen unterstützt werden.

Wir fordern ambitionierte und verbindliche Ziele

Verbindliche Zielsetzungen für die Energie- und Klimapolitik sind unerlässlich. Das Ziel einer Steigerung der Energieeffizienz um 20 % ist derzeit das einzige nicht verbindliche 2020-Ziel – es hinkt hinterher. Eine Bestandsaufnahme der nationalen Ziele (welche die Mitgliedstaaten bis Ende April 2013 liefern sollten) ist wesentlich. Unserer Ansicht nach ist ein verbindliches Ziel zur **Energieeffizienz** erforderlich, insbesondere da in Europa ein Wandel der Märkte vom Verkauf von Energie hin zu Energiedienstleistungen stattfindet.

Erneuerbare Energieträger werden in Europas langfristigen CO₂-Reduktionsstrategien eine bedeutende Rolle spielen. Lokale Energieunternehmen werden künftig zunehmend die Energieversorgung übernehmen. BürgerInnen und Kommunen bilden neue Initiativen, um ihre Gemeinden mit lokal erzeugtem Ökostrom zu versorgen. Einige Gemeinden haben sich eine 100-prozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien zum Ziel gesetzt – oder sie wollen CO₂-frei werden. Derartige Maßnahmen müssen unterstützt werden!

Ziel des Klima-Bündnis ist schon jetzt, den CO₂-Ausstoß alle fünf Jahre um 10 % zu reduzieren. Auf EU-Ebene ist ein ambitioniertes **CO₂-Reduktionsziel** für 2030 vonnöten, um die CO₂-Emissionen wie angestrebt bis 2050 um 85 bis 95 % verringern zu können. Hilfreich können außerdem bereichsspezifische Reduktionsziele sein, z.B. zur Bewältigung der Emissionen im Verkehrsbereich. Jedoch sollte die Förderung von Agrotreibstoffen mit seinen negativen Folgen für die biologische Vielfalt, Menschenrechte, Ernährungssicherheit und das Klima eingestellt werden.

Das **Emissionshandelssystem (ETS)** einschließlich der Maßnahmen zu seiner reibungslosen Umsetzung sind in der Debatte über die künftigen klima- und energiepolitischen Ziele von zentraler Bedeutung. Das ETS muss gestärkt und seine Funktionsfähigkeit garantiert werden. Ohne einen angemessenen Preis wird das CO₂-Reduktionsziel nicht erreicht werden. Versagt das ETS, wird die einzige Möglichkeit zur Gewährleistung der erforderlichen Emissionsverringerungen in einer CO₂-Abgabe bestehen.

Wir brauchen kohärente Ziele für CO₂-Emissionen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Das CO₂-Emissionsreduktionsziel alleine reicht nicht aus, um die ambitionierte Klima- und Energiepolitik in Europa umzusetzen und die bestehenden Möglichkeiten zur Schaffung eines nachhaltigeren und wettbewerbsfähigeren Europas auszuschöpfen.

Wir fordern einen geeigneten Rahmen für die Politik bis 2030, insbesondere im Zusammenhang mit der Finanzierung

Die Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung ist für die lokale Umsetzung langfristiger Strategien, wie die Umsetzung von Klima- und Aktionsplänen für nachhaltige Energie (SEAPs), von wesentlicher Bedeutung. Der Einführung innovativer Finanzierungsmodelle, aber auch der Neudefinition und Verbesserung bestehender Finanzierungssysteme muss mehr Aufmerksamkeit zukommen. Leitlinien zur sinnvollen Kombination verschiedener Finanzquellen und Informationen zu den Möglichkeiten der Finanzierung verschiedener Maßnahmen und Projekte aus dem Klima- und Energiebereich wären ein geeigneter Ansatz.

Die im Rahmen des Konvents der Bürgermeister ausgearbeiteten Aktionspläne für nachhaltige Energie (SEAPs) könnten als eine Art „Pass“ für die EU-Förderung genutzt werden. Die SEAPs könnten als Qualitätsstandard für den Bezug von EU-Fördermitteln dienen, da die Bewertung durch die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission erfolgt. Sie stellt sicher, dass die Stadt oder Gemeinde über eine Strategie mit definierten Zielen sowie ausgearbeiteten Projekten und Maßnahmen im Bereich nachhaltiger Energie verfügt.

Schließlich sollten die EU-Förderung und insbesondere das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ auch die Förderung von nichttechnologischen Innovationen (wie zum Beispiel neue Arbeitsweisen, innovative Partnerschaftsmodelle), Kapazitätsaufbau und neuen finanziellen Mechanismen einbeziehen. Innovationen müssen weitreichend eingeführt werden, was durch das Programm „Intelligente Energie Europa“ (IEE) in Übereinstimmung mit der „Markteinführung innovativer Lösungen im Energiebereich“ gewährleistet werden kann. Das Klima-Bündnis vertritt mit Nachdruck die Ansicht, dass die ausstehenden und aktuell im Rahmen des IEE-Programms finanzierten Maßnahmen lokaler und regionaler Akteure im Rahmen von Horizont 2020 weitergeführt und verstärkt werden sollten.

Wir fordern einen kooperativen Ansatz zur Gestaltung unserer Energiezukunft

Jeder und jede Einzelne kann eine Rolle im neuen System der Energieversorgung übernehmen – und helfen, es zu gestalten. Immer mehr Menschen erzeugen ihren eigenen Strom mit Mikro-KWK-Anlagen, bauen Null- oder sogar Plus-Energiehäuser. Selbst kleine Genossenschaften und kommunale Energielösungen werden immer beliebter.

Städte und Gemeinden spielen bei der Zusammenführung des Privatsektors und anderer Akteure zur Entwicklung und Umsetzung neuer Ideen und Innovationen im Bereich Klima und Energie eine zentrale Rolle und erleichtern so den Übergang in eine nachhaltigere Zukunft.

Die europäischen Institutionen sollten Kommunen als wichtige Verbündete in der Gestaltung und Umsetzung der EU-weiten Klima- und Energieziele betrachten – sowohl heute als auch im Hinblick auf 2030. Initiativen wie der Konvent der Bürgermeister sollten fortgeführt und durch andere Initiativen zur Förderung lokaler Maßnahmen mit zielgerichteter Finanzierung verstärkt werden. Und die Bedeutung der Städte und Gemeinden ist ausdrücklich im Klima- und Energierahmen bis 2030 anzuerkennen.